

EU

# Die Gemeinschaft verdient mehr Vertrauen

## Die EU

# Viel besser als ihr Ruf!

Die Europäische Union hat in Mitteldeutschland nicht den besten Ruf. Das hatte der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) mit einer Meinungsfrage, an der knapp 22 000 Menschen teilgenommen haben, noch Ende vergangenen Jahres festgestellt. Und auch im letzten von der Europäischen Union herausgegebenen Eurobarometer vom Herbst vergangenen Jahres war die Skepsis gegenüber der Gemeinschaft im Osten Deutschlands sehr viel höher als im Westen. Auch wenn die Vorbehalte größtenteils unberechtigt sind und womöglich mehr mit mangelndem Verständnis für die Funktionsweise der EU als mit den Ergebnissen ihrer Arbeit zu tun haben, sind sie leider kein gutes Vorzeichen für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

So waren nicht weniger als 77 Prozent der 22 000 Befragten der MDR-Erhebung der Ansicht, die EU kümmere sich zu wenig um die Probleme vor Ort. Viele fragten sich, was die EU für deutsche Regionen und Projekte wirklich tut.

Die Antwort lieferte der MDR-Aktuell-Beitrag gleich mit: Entgegen der landläufigen Skepsis belegen die Zahlen der seit der Wiedervereinigung geflossenen EU-Fördergelder, dass die Gemeinschaft mitteldeutsche Projekte in hohem Maße unterstützt.

Tatsächlich wurde Ostdeutschland direkt nach der Wende höchste Förderpriorität eingeräumt. Zwischen 1989 und 1993 erhielten die neuen Bundesländer nicht weniger als drei Milliarden ECU (damalige europäische Währungseinheit) aus den drei Struktur- und Investitionsfonds der Gemeinschaft.

Seit 1994 schwanken die Zahlungen, weil auch der Förderbedarf abgenommen hat. Insgesamt ist aber in den vergangenen 30 Jahre viel EU-Geld nach Mitteldeutschland zurückgeflossen.

### ■ 94 Prozent fließen zurück

Generell kommen über 94 Prozent des EU-Haushalts den Bürgerinnen und Bürgern, den Regionen und Kommunen, den Landwirten und Unternehmen in der EU zugute, die in allen 27 EU-Staaten gefördert werden.

Zwar haben die EU und ihre Mitgliedsländer eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass die EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet werden. Der größte Teil des EU-Fördergel-

des wird jedoch innerhalb der EU-Staaten selbst verwaltet. Deshalb sind primär die Behörden der EU-Länder für Prüfungen und Kontrollen zuständig. In Deutschland sind das in erster Linie die Bundesländer. In den Bundesländern, nicht in Brüssel, erfolgt im Regelfall auch die Auswahl EU-geförderter Projekte.

### ■ Bundesländer zuständig

Wenn für die meisten Menschen in Deutschland wenig nachvollziehbar ist, wo das

EU-Geld landet beziehungsweise wer über die Mittel entscheidet, so ist das also weniger der EU zuzuschreiben als den betroffenen Bundesländern, weil der Großteil der EU-Fördermittel dezentral, also in den EU-Mitgliedstaaten, verwaltet wird. Das betrifft vor allem die Struktur- und Investitionsfonds, die darauf abzielen, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung der EU zu stärken sowie Innovation, Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Das sind Projekte und Programme, beispielsweise für die Regional- und Stadtentwicklung, für Beschäftigung und soziale Eingliederung, für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums, für Meeres- und Fischereipolitik sowie für Forschung und Innovation.

In Deutschland werden diese Fonds von den Bundesländern in der Weise umgesetzt, dass sie in ihrem Zuständigkeitsbereich eingereichte Projekte bewerten, bewilligen und überwachen.

Auf den Internetseiten der jeweils zuständigen Landesministerien finden sich dazu zahlreiche Informationen über die bereits geförderten Projekte und auch umfangreiche Hinweise für potenzielle Antragsteller auf EU-Förderung.

### ■ Einseitige Berichterstattung

Aber nicht nur die skizzierte Förderpraxis hat negativen Einfluss auf das EU-Image. Auf einen anderen Aspekt im Zusammenhang mit der zunehmenden Kritik an der EU hat die Politikwissenschaftlerin und Professorin an der Universität Leipzig, Astrid Lorenz, hingewiesen. Sie kritisiert eine einseitige Medienberichterstattung, die sich meist auf Gipfeldiplomatie beschränkt und die Verbindung der EU mit den Regionen weitgehend vernachlässigt. Dadurch ist es Lorenz zufolge schwierig, die

Informationen überhaupt „an die Leute zu bekommen“.

Die Ablehnung der EU sei auch kein rein ostdeutsches Problem, so Lorenz. Vielmehr wüssten die meisten Menschen gar nicht, wie sie sich zur EU-Politik positionieren sollen. Es gelte deshalb, Europa, insbesondere in ländlichen Regionen, besser zu vermitteln.

Zudem haben sich mittlerweile weitverbreitete Vorbehalte und Kritikpunkte in den Köpfen der Menschen gefestigt, die sehr viel leichter zu transportieren sind als die komplizierteren Förderregelungen. Immer wieder gern werden beispielsweise die Kosten der Brüsseler Bürokratie beklagt, was allerdings kaum zutreffend ist, wenn man bedenkt, dass die bereits zitierten 94 Prozent des EU-Haushalts direkt den Bürgern, Regionen, Kommunen und Unternehmen in der EU zugutekommen.

### ■ Erleichterungen aus Brüssel

Nicht weniger verbreitet sind auch Klagen über verkomplizierendes EU-Recht. Tatsächlich gestalten sich die notwendigen Kompromisse in der Viel-Völker-Gemeinschaft oft kompliziert. Vergessen werden über diese als umständlich empfundenen Regelungen aber allzu gern die Erleichterungen, die aus Brüssel kommen. Genannt seien nur der Wegfall der lästigen und kostspieligen Roaming-Gebühren für den Mobilfunk, die Fahrgastrechte im Flug- und Bahnverkehr, der Schutz bei Haustürgeschäften oder auch die durchgängig zweijährige Garantiezeit für technische Produkte. Auch das zweiwöchige Umtauschrecht für Internetkäufe geht auf Brüssel zurück.

### ■ Vertrauensdefizit

Resultat der weitverbreiteten Informationsdefizite ist, dass in Deutschland mit 48 Prozent

nur knapp die Hälfte der Bevölkerung der EU vertraut. Im Westen sind es 53 Prozent, in Ostdeutschland aber nur ein knappes Drittel von 30 Prozent. 64 Prozent haben hier kein Vertrauen, was der schlechteste Wert in der gesamten EU ist.

### ■ Mehr Zustimmung in Einzelaspekten

Größer ist die Zustimmung für die Gemeinschaft, wenn es um verständlichere Aspekte geht. Vor allem die Freiheit, innerhalb Europas reisen, studieren und arbeiten zu können, wird von Ostdeutschen ganz besonders geschätzt. Hier klettert die Zustimmungsrate auf 61 Prozent. 55 Prozent verbinden die Union mit Frieden. Allerdings bemängelt jeder zweite Ostdeutsche unzureichende Kontrollen an den Außengrenzen der EU.

### ■ Gute Kenntnis über Institutionen

Ganz anders als die Förderpraxis und -erfolge der EU haben ihre zentralen Institutionen bei Deutschen und Europäern einen sehr hohen Bekanntheitsgrad. 89 Prozent der Deutschen und 90 Prozent der Europäerinnen und Europäer haben schon einmal vom Europäischen Parlament gehört. Die Europäische Kommission kennen 82 Prozent der Deutschen.

Der hohe Bekanntheitsgrad der Institutionen heißt aber nicht, dass auch die Befugnisse unbedingt bekannt sind. Hier scheint sich eher der Befund der Leipziger Politologin Astrid Lorenz über die Medienberichterstattung zu bewahrheiten.

### ■ Imageproblem zur Unzeit

Das Imageproblem der EU kommt zur Unzeit, nicht nur wegen der Neuwahl des Europaparlaments, auch der Frie-

den in Europa ist in großer Gefahr und verlangt ein Zusammenstehen in der Gemeinschaft. Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben hier eine ganz besondere Verantwortung, nämlich die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu verteidigen und die Demokratie zu stärken.

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

#### Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht  
dbb beamtenbund und tarifunion  
landesbund mecklenburg-vorpommern  
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin  
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,  
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler  
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen  
Theresienstraße 15, 01097 Dresden  
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,  
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock  
dbb beamtenbund  
und tarifunion sachsen-anhalt  
Schleierstraße 12, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391.5619450,  
post@sachsen-anhalt.dbb.de,  
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn  
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen  
Landesgeschäftsstelle  
Schmidtstraße 9, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,  
www.thueringer-beamtenbund.de

**Redaktion:** Annemarie Wellige  
(leitende Redakteurin)

#### Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Nannette Seidler

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Titel:** Foto: Colourbox.de

**Verlag:** DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

**Telefon:** 030.7261917-0

**Telefax:** 030.7261917-40

**Internet:** www.dbbverlag.de

**E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

**Telefon:** 02102.74023-0

**Telefax:** 02102.74023-99

**E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

#### Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715

#### Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

**Telefon:** 02102.74023-714

#### Anzeigenposition:

Britta Urbanski,

**Telefon:** 02102.74023-712,

Preisliste 27, gültig ab 1.1.2024

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

dbb m-v auf Empfang der Ministerpräsidentin

# Schwesig: Arbeitnehmer haben großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht hat gemeinsam mit den stellvertretenden Landesvorsitzenden Karoline Herrmann, Michael Blanck und Frank Höhne sowie weiteren dbb Mitgliedern den traditionellen Empfang von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig anlässlich des Tags der Arbeit in Ludwigslust besucht.

„Mecklenburg-Vorpommern hat sich in schwierigen Zeiten wirtschaftlich gut entwickelt. Daran haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer großen Anteil“, betonte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf ihrem jährlichen Empfang für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vorfeld des 1. Mai.

## ■ Gute Zahlen

„Wir hatten im letzten Jahr trotz aller Herausforderungen ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent – das höchste Wachstum aller Bundesländer! Wir haben gute Zahlen, was den Tourismus und den Außenhandel angeht, im Außenhandel wurde 2022 sogar ein Rekordergebnis von 20 Milliarden Euro erreicht. Die Arbeitslosenzahlen sind stabil. Sie liegen weit unter den Werten, die wir in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Deutschen Einheit erlebt haben“, untermauerte die Ministerpräsidentin die positive Wirtschaftsentwicklung in ihrer Rede mit Zahlen.

Die Landesregierung investiere in Infrastruktur und Wirtschaftsansiedlungen, damit sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzt. Gleichzeitig setze sich die Landesregierung für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen ein. „Gute Fachkräfte gewinnt man am ehesten mit

guten Löhnen und attraktiven Arbeitsbedingungen“, unterstrich Schwesig. Die Landesregierung habe die Erhöhung des Mindestlohns im Bundesrat unterstützt. Mit dem neuen Tariftreuegesetz Sorge die Landesregierung dafür, dass bei der Erfüllung öffentlicher Aufträge Tariflohn oder tarifgleicher Lohn gezahlt werden muss. „Gemeinsam mit den Gewerkschaften wirbt die Landesregie-



> Die Ministerpräsidentin während ihrer Ansprache



> Die Ministerpräsidentin mit Teilnehmenden des dbb m-v



> dbb Vize Michael Blanck mit Bildungsstaatssekretär Tom Michael Scheidung und BVLB Landesvorsitzender Hans-Joachim Prakesch (von links)

„... seit vielen Jahren dafür, dass mehr Unternehmen im Land Tariflohn zahlen.“

#### ■ Große Familienentlastung

Mit der beitragsfreien Kita entlastet das Land gezielt Eltern

mit kleinen Kindern. „Das ist die größte Familienentlastung in der Geschichte unseres Landes. Es bleibt deutlich mehr Netto im Portemonnaie! Das werden wir auch in Zukunft fortsetzen“, versicherte die Ministerpräsidentin.

Schwesig würdigte in ihrer Rede die Arbeit der Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte im Land. „Mitbestimmen, mitgestalten – dieses demokratische Miteinander in den Betrieben, das

trägt zu wirtschaftlichem Erfolg bei. Ich bin davon überzeugt: Die Sozialpartnerschaft und die betriebliche Mitbestimmung sind Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland.“ ■



> dbb Vize Frank Höhne mit Manuela Schwesig und DSTG Tarifkommissionsvorsitzende Susanne Wiencke (von rechts)

Gespräch mit der Justizministerin Bernhardt

## BDR-Landesvorstand erörtert aktuelle Fragen

Probleme im Rechtspflegerbereich haben der Vorstand des BDR Mecklenburg-Vorpommern und der dbb Landesbundvorsitzende Dietmar Knecht in einem Spitzengespräch mit der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, Jaqueline Bernhardt, am 15. Mai 2024 erörtert.

Einmal mehr stand dabei die derzeitige Beurteilungs- und Beförderungssituation bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern im Vordergrund. Denn wie schon in der vorherigen Beurteilungsrunde sind die Richtwerte im oberen Bewertungsbereich wieder nicht eingehalten worden. Ein entsprechendes Koordinierungsverfahren läuft derzeit noch. Der OLG-Präsident möchte die betroffenen Be-

urteilungen nicht herabsetzen. Es ist daher erneut eine Pattsituation eingetreten, wie es schon bei den letzten Beförderungen aus den gleichen Gründen der Fall war.

#### ■ Ungeklärte Beförderungssituation

Dietmar Knecht beklagte, dass gerade im Beförderungs- und Beurteilungsbereich immer wieder gefeilscht werden

muss. Er mahnte eine Lösung des Problems bis Jahresende an. Seiner Ansicht nach macht das Justizministerium nicht genügend Forderungen gegenüber dem Finanzministerium geltend. Die Ministerin verwies auf die notwendige Abstimmung mit den anderen Ministerien in dieser Frage und bekräftigte, dass sie sich weiter für die Mitarbeiter der Justiz einsetzen wird.

Der BDR regte zudem an, baldmöglichst eine Regelbeförderung von A 9 nach A 10 einzuführen, die ohne Richtwerte möglich wäre. Andere Bundesländer verfahren bereits so oder haben sogar das Einstiegsamt A 10 eingeführt, um die Attraktivität des Berufs zu

steigern und den Abwanderungen junger Kolleginnen und Kollegen entgegenzuwirken. Denn die Zahl qualifizierter Bewerber dürfte in den kommenden Jahren weiter sinken. Abgesehen davon bearbeitet nach Feststellung des BDR ohnehin kein Rechtspfleger im Land ein reines A 9-Pensum, das ausschließlich aus Kosten- und Beratungshilfesachen besteht.

#### ■ An anderen Bundesländern orientieren

Die Ministerin sagte eine haushaltsrechtliche Prüfung zu. Den Vorschlag, alle Anwärter nach bestandener Prüfung in A 10 einzustellen und den allgemeinen Stellenkegel so an-

zupassen, dass alle Kolleginnen und Kollegen – zumindest theoretisch – das Endamt erreichen können, hielt sie allerdings für finanzpolitisch nicht durchsetzbar. Dietmar Knecht empfahl, man solle nicht zögern, sich an anderen Bundesländern zu orientieren, die hier schon weitergegangen sind. Die Problematik der Nachwuchsgewinnung und der Beförderungssituation sei zweifellos auch im Finanzministerium bekannt. Bis dato seien jedoch leider keine Konsequenzen zu erkennen.

#### ■ Warnung vor Stellenstreichungen

Keine genauen Informationen konnte Bernhardt zu den Auswirkungen des Personaleinsparungskonzepts geben. Das Konzept werde zurzeit noch im Ministerium geprüft. Im Hinblick auf die Kritik des BDR an möglichen Stellenstreichungen oder deren Einstellung in den allgemeinen Stellenpool versicherte die Ministerin, dass die Belastungssituation der einzelnen Tätigkeitsbereiche berücksichtigt werden soll.

In diesem Zusammenhang mahnten die BDR-Vertreter auch erneut eine zügige Überarbeitung von Pebbÿ an. Eine generelle Anpassung soll planmäßig erst 2026 erfolgen. Wegen des speziell im Betreuungs- und Familien-



> Justizministerin Jacqueline Bernhardt mit den Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern

gerichts-bereich stark angestiegenen Arbeitsumfangs wäre eine unveränderte Anwendung von Pebbÿ allerdings prekär. Nach Angaben der Ministerin steht eine Arbeitsgruppe der Bundesländer, die sich mit diesem Problem befasst hat, kurz vor einem Ergebnis, sodass im bestehenden System auf die

gestiegenen Belastungen durch entsprechende Zuschläge reagiert werden könne.

#### ■ Landesweites Konzept gefordert

Angesprochen wurde auch das Thema Gesundheitsmanagement, das in den Behörden oft

stiefmütterlich behandelt wird. Hier fordert der BDR ein landesweites Konzept. Auch die Finanzierung ist mit 10 Euro pro Teilnehmer nicht ausreichend. An einem entsprechenden Plan wird nach Auskunft der Ministerin bereits gearbeitet und das Budget entsprechend geprüft.

Schließlich wurden die Aufstiegsmöglichkeiten für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in den höheren Dienst diskutiert. Die BDR-Vertreter kritisierten, dass sich trotz entsprechender Zusagen seit dem letzten Gespräch nichts Wesentliches in dieser Richtung getan habe. Auch im Geschäftsbereich anderer Ministerien bestünden für Rechtspfleger derzeit keine Bewerbungsmöglichkeiten für den Aufstieg in den höheren Dienst.

Die notwendigen Studiengänge sollten für die Betroffenen geöffnet werden, zumal der Fachkräftemangel auch im Bereich des höheren Dienstes deutlich zu spüren sei. Mit einer derartigen Qualifikation wären für Rechtspfleger auch Referatsleiterposten im Ministerium denkbar. „Ein Fortschritt in dieser Richtung wäre ein positives und motivierendes Signal an die Kolleginnen und Kollegen“, meinte der dbb Landeschef Dietmar Knecht abschließend. ■

## Konferenz des FairnessPlan e. V.

# GDL: großer Bahnhof an der Ostsee

Unter dem Motto „FAIReint fürs Ehrenamt“ fand die achte FairnessPlan-Konferenz der GDL mit knapp 300 ehrenamtlichen Multiplikatoren vom 13. bis 15. Mai in Warnemünde statt.

Der FairnessPlan bietet als betriebliche Sozialeinrichtung der GDL und der Deutschen

Bahn ein umfangreiches Paket von attraktiven Sozialleistungen an. So wird Unterstützung

bei schweren Schicksalsschlägen im Leben oder auch zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit gewährt. Außerdem werden Maßnahmen zur Gesundheitsprävention sowie zur beruflichen Weiterbildung – sozusagen als Bonus – ausschließlich GDL-Mitgliedern angeboten.

Neben den regionalen Ansprechpartnern werden die bei der Konferenz anwesenden GDL-Amtsinhaber, beispielsweise Betriebsräte oder Ortsgruppenvorsitzende, als Erstes rund um alle Themen des FairnessPlan e. V. angesprochen, wenn es um die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Vor-



> Die Teilnehmenden aus Mecklenburg-Vorpommern mit dem GDL-Bundesvorsitzenden Claus Weselsky

aussetzungen zur Leistungsgewährung und die Bearbeitungsprozesse geht.

An der Konferenz nahm für den dbb auch der Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Knecht, teil, für den „diese Art von Sozialeinrichtung beispielgebend für den öffentlichen Dienst ist, denn wir erleben in den Tarif-

runden für den TVöD und TV-L immer stärker die Forderung unserer Mitglieder nach Boni für Gewerkschaftszugehörigkeit. Genau das erfüllt der FairnessPlan der GDL“.

In Workshops wurden bei der Konferenz Strategien entwickelt, um das Antragsaufkommen aus den Betrieben, in die der FairnessPlan e. V. derzeit

keine Leistungen ausschütten kann, zu steigern.

Höhepunkt war wie jedes Jahr wieder die Verleihung des mit jeweils 1.500 Euro dotierten FairnessPreises für besondere Leistungen im Ehrenamt, die über das normal übliche Maß hinausgehen – wie zum Beispiel lebensrettende Maßnahmen, Einsatz für Minderheiten oder

Erdbebenhilfe –, durch den GDL-Bundesvorsitzenden Claus Weselsky. „Ich freue mich, dass mit dem FairnessPreis 2023 für Zugchefin Altynay Sadykova aus der Ortsgruppe Stralsund und für Lokführer Christian Wendt aus der Ortsgruppe Schwerin zwei der fünf Preise verdient nach Mecklenburg-Vorpommern gehen – herzlichen Glückwunsch“, so Knecht abschließend. ■

## Personalratswahlen 2024 bei der Bundespolizei

# Farbwechsel im Norden

Vom 13. bis 15. Mai fanden bei der Bundespolizei Personalratswahlen statt. Die DPoIG Bundespolizei konnte auf allen Stufen der Personalvertretung deutliche Zugewinne verbuchen.

Konkret legte die DPoIG mit der Liste drei in beiden großen Stufenvertretungen je einen Sitz bei den Beamten zu und konnte in fünf Gesamtpersonalräten und im Personalrat der Bundespolizeidirektion Frankfurt Flug-

hafen die Mehrheit der Stimmen holen. Ein großartiges Ergebnis wurde auch beim Gesamtpersonalrat der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt erreicht, die für Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist.

„Durch einen über 30-prozentigen Stimmenzuwachs hat die DPoIG die Mehrheit errungen und sorgt damit für einen Farbwechsel im Norden“, freute sich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. „Dieser erdrutschartige Sieg führt auch dazu, dass einer der insgesamt acht Sitze des Gremiums mit Maik Ulke aus Laage, der auch Mitglied des Landeshauptvorstands des dbb mecklenburg-vorpommern ist, erneut be-

setzt werden konnte. Mein besonderer Dank gilt den Wählerinnen und Wählern der DPoIG, allen Helferinnen und Helfern sowie allen Unterstützerinnen und Unterstützern.“

Überwältigt zeigt sich auch Maik Ulke: „Euer Votum ist unser Auftrag für die nächsten vier Jahre. Wir werden die Themen anpacken und das Beste für euch rausholen“, versprach er. ■

# „Fit fürs Gespräch mit Politik und Verwaltung – Kernbotschaften übermitteln, schlagfertig reagieren“

Wer bin ich und wie viele? Mit dieser Frage haben sich 15 Teilnehmende und ich bei der Veranstaltung „Fit fürs Gespräch mit Politik und Verwaltung – Kernbotschaften übermitteln, schlagfertig reagieren“ am 29. April und 30. April 2024 auseinandergesetzt.



© SBB

> Die Teilnehmer des Seminars in Leipzig

Was erst einmal klang wie ein eher bipolarer Witz, sollte uns allerdings gut und tiefgründig durch die eineinhalb Tage begleiten. Was durchaus nicht bedeuten soll, dass es nicht auch witzig war. Unsere Referentin Manuela Lott hat uns auf nachhaltige Weise und in der Besten aller Bedeutungen durch das Seminar „manipuliert“, wie sie selbst sagte.

Was ist denn Ihr Standpunkt, lieber Leser? Wer liest das?

Klar. Der Empfänger des Regionalmagazins. Aber Sie sind auch Kollege, Mitarbeiter, Vorgesetzter – vielleicht sogar Elternteil, Partner oder Sie definieren einen Teil von sich mit einem Hobby. Egal auf welcher

Ebene und Funktion: Sie kennen die Situation, in einem Gespräch nicht weiterzukommen. Ich kenne es zumindest in allen Funktionen, in denen ich mich befinde.

Oft weiß ich nicht, wie ich zu meinem Gesprächspartner durchdringen kann. Gerade wenn es mein Vorgesetzter ist und ich reichlich nervös bin.

Das beschreibt unter anderem auch meine Erwartungen an eben diese zwei Tage. Was kann ich tun, um mich in Gesprächen und vor allem in Verhandlungen zu positionieren und ruhig zu bleiben?

Mit verschiedenen Ansätzen, Ideen und Tipps wurden wir

unterrichtet, wie wichtig vor allem eins ist: das Zusammenarbeiten von Stimme, Körperhaltung und Fakten. Mit viel Geschick und auf ganz unverkennbare Weise hat Manuela Lott das nicht nur erklärt, sondern uns Lösungen finden lassen.

Besonders schätze ich, wie die Gruppe fremder Leute in kurzer Zeit zusammengearbeitet hat. Wir bekamen viel Raum, um zu diskutieren und um uns sichtbar zu machen.

Ich würde Ihnen gern verraten, wie ich in Zukunft verhandeln werde und worauf ich auch bei meinem Gegenüber achten kann. Welche Herangehensweise in manchen Situationen hilfreich sein kann und in an-

deren wieder die Distanz vergrößert. Jedoch würde dieser Artikel dafür nicht ausreichen.

Wenn es Ihnen ähnlich geht, schauen Sie gern mal unter „[www.sbb.de/fuer-dich/seminare-und-infoveranstaltungen](http://www.sbb.de/fuer-dich/seminare-und-infoveranstaltungen)“ nach, wann die nächste Möglichkeit zur Teilnahme an einem solchen Seminar besteht.

Meine Empfehlung ist das Seminar am 24./25. Oktober 2024, das ebenfalls vom SBB organisiert und durchgeführt wird. Vielen Dank an das gesamte Team, die Veranstalter und die interessanten Menschen, welche ich kennenlernen durfte.

Grit Hermersdorfer, DSTG

„5 Tage Bildungszeit für Sachsen“

# Volksantrag geht in den Endspurt



© Hala

In 14 von 16 Bundesländern haben Beschäftigte einen Anspruch auf Bildungsurlaub. Sachsen gehört leider nicht dazu. Das wollen wir ändern und haben uns dem breiten Bündnis „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ angeschlossen.

Nach einem gemeinsamen Treffen des Bündnisses im Mai 2024 steht fest, dass wir schon 37 000 Unterschriften gesammelt haben.

Die Unterschriftensammlung soll noch bis 9. Juni 2024 fortgesetzt werden. Bereits ausgefüllte Listen (unabhängig, ob voll oder nicht), müssten danach bitte über die Unter-

schriftenbüros an uns zurückgeleitet werden.

Das weitere Verfahren in Sachsen schreibt vor, dass die Unterschriften in den Bürgerämtern am Wohnort der Unterzeichner bestätigt werden müssen. Die Bestätigung durch die Kommune dauert zum Teil bis zu sechs Wochen.

Auf geht es, im Endspurt noch die nächste Veranstaltung zu nutzen, die Kollegen anzusprechen und noch ein paar Unterschriften zum Volksantrag zu sammeln!

> André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender SBB und Vorsitzender des BTB Sachsen, überreicht der Chefin des Bündnisses, Daniela Kolbe, weitere ausgefüllte Listen für den Volksantrag.

## SBB Gewerkschaftswald 2.0

Auch im nächsten Jahr möchten wir in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Wald für Sachsen“ den „SBB Gewerkschaftswald“ pflanzen. Wir bitten sowohl unsere Mitgliedsgewerkschaften und -verbände als auch alle Einzelmitglieder, sich an der Aktion zu beteiligen, um unser Sachsen ein kleines bisschen grüner zu machen.

Zum Start der Aktion und anlässlich des 33-jährigen Jubiläums des SBB spendiert der SBB die ersten 150 Bäume.

Unsere Spendenaktion läuft jetzt noch bis zum 31. Dezember 2024.

Die Pflanzung soll dann im Frühjahr 2025 in der Sächsischen Schweiz erfolgen. Wir

informieren euch rechtzeitig über den Termin der Pflanzung.

### ■ Die Stiftung „Wald für Sachsen“

Die Stiftung „Wald für Sachsen“ sorgt seit 25 Jahren für die Mehrung und den Schutz naturnaher und leistungsfähiger Wälder. Die so entstehenden vielfältigen, lebenswerten



© lovelyday12/stock.adobe.com

Landschaften in Sachsen sind ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz durch CO<sub>2</sub>-Minde- rung. Schon mit einer kleinen Spende ist dem Wald in Sach- sen geholfen – und der Klima- schutz kommt voran.

Die Spenden fließen zu 100 Prozent in den Waldver- mehrungsfonds der Stiftung „Wald für Sachsen“. Gutes Geld für unsere Wälder, die neben den Ozeanen den bedeutend- sten Einfluss auf das globale Klima haben.

Schon ein kleiner Einsatz hat eine verblüffend große Wir- kung: Mit einer Spende von 5 Euro bewirken Sie, dass wir einen Baum kaufen, anpflan- zen und fünf Jahre lang pfle- gen können. 20 Bäume für 100 Euro sind schon eine grüne Lunge. Und für 200 Euro kön- nen 40 neue Bäume in Sachsen wachsen.

#### ➤ So entsteht unser Wald

Sie überweisen den gewünsch- ten Betrag an folgendes Konto:

**Empfänger:**  
**SBB Beamtenbund und**  
**Tarifunion Sachsen e. V.**  
**IBAN: DE31 6609 0800 0057**  
**2777 92**  
**BIC: GENODE61BBB**  
**Verwendungszweck:**  
**„SBB Gewerkschaftswald“**  
**und gegebenenfalls Fach-**  
**gewerkschaft**

Diese Spenden werden an die Stiftung „Wald für Sachsen“ wei- tergeleitet und von dieser zu 100 Prozent für die Anpflanzung der Bäume eingesetzt.



Wer mehr als 59 Bäume finanzieren möchte und eine Spendenquittung benötigt, melde sich bitte vor der Über- weisung per Mail (post[at]sbb. dbb.de) in der SBB-Geschäfts- stelle.

## Schon gewusst?

© Daniel Berkmann/stock.adobe.com

Kindergeld und Familienzuschlag bei volljährigen Kindern

## Bei Schulende rechtzeitig Antrag stellen!

Wer volljährige Kinder hat, die die Schule dieses Jahr beenden, sollte jetzt tätig werden, damit das Kindergeld und so auch der Familienzuschlag ohne Unterbrechung gezahlt wird. Was ist zu tun:

Wie schon im vergangenen Jahr informieren wir Sie zur Kindergeldzahlung an voll- jährige Kinder zum Schuljah- resende.

Zeigen Sie der Familienkasse rechtzeitig an, dass Ihr Kind im Sommer die Schule been- det. Am besten teilen Sie auch gleich mit, ob und wann Ihr Kind eine Ausbildung oder ein Studium beginnt.

In der sogenannten Über- gangszeit nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2b) EStG zwischen Ende des Schuljahres (31. Juli) und Beginn Ausbildung oder Studium wird grundsätzlich Kindergeld auf Antrag gezahlt. Für diesen Zeitraum erhalten Sie einen neuen Kindergeld- festsetzungsbescheid, welchen Sie dann ganz schnell Ihren Sachbearbeiterinnen und Sach- bearbeitern in den Besoldungs-

referaten des LSF übersenden, möglichst vor Mitte Juli dieses Jahres, damit der Familienzu- schlag (weiter)gezahlt werden kann.

Nach unserer Information zur neuen Kindergeldfestsetzung ruft das LSF von der Familien- kasse online die neuen Kinder- gelddaten ab. Damit kann die Zahlung des Familienzuschlags (unabhängig von der zum Mo- natsende eintreffenden Mit- teilung der Familienkasse) im nächstmöglichen Zahltag sichergestellt werden (für August nur, wenn Sie sich vor Mitte Juli dieses Jahres gemeldet haben).

Die Bezügestelle kann ohne Ihr Zutun die kinderbezogenen Familienzuschläge nicht von Amts wegen weiterzahlen. Die- ser Umstand ist der Tatsache geschuldet, dass kinderbezoge- ne Familienzuschläge einen Kindergeldanspruch, zumin- dest dem Grunde nach, voraus- setzen. Bei volljährigen Kindern kann dieser seitens des Landes- amts für Steuern und Finanzen nicht unterstellt werden.

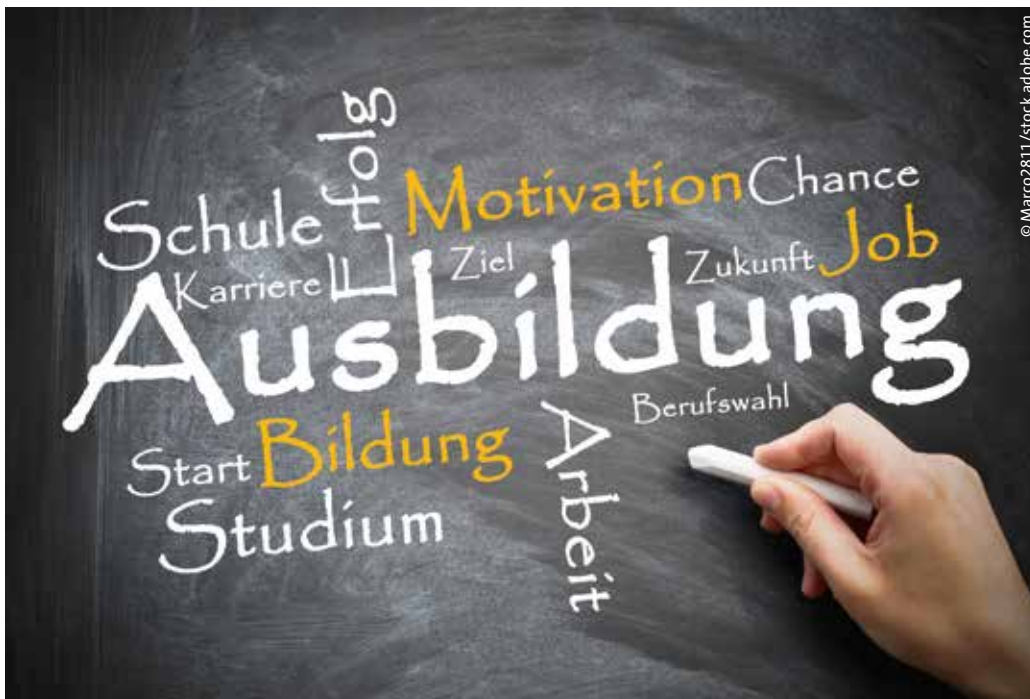
Jetzt tätig zu werden, sichert eine nahtlose Zahlung von Kin- dergeld und Familienzuschlag. Warten Sie nicht zu lang.

Manja Kropp, DSTG Sachsen

SMK-Pilotprojekt auf dem Prüfstand

# Chancen und Grenzen von „Lernen durch Praxis“

Nach Angaben des Staatsministeriums für Kultus (SMK) gibt es derzeit etwa 500 jugendliche Geflüchtete in Sachsen, die im Alter von 15 Jahren keine oder kaum Schulbildung haben. Um ihnen trotzdem die Chance auf ein Berufsleben und damit auf eine bessere Integration zu ermöglichen, ist mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres ein Pilotprojekt an drei Beruflichen Schulzentren in den LaSuB-Standorten Dresden (Pirna), Leipzig und Bautzen (Hoyerswerda) gestartet.



Dieses Projekt soll mit Beginn des Schuljahres 2024/2025 auf zwei weitere Berufliche Schulzentren in Zwickau und Chemnitz ausgedehnt werden.

## Was genau ist geplant?

„Das Pilotprojekt greift auf Bewährtes zurück und orientiert sich an der Integrationskonzeption und am Berufsvorbereitungsjahr. Es wurden aber auch neue Lernmodule entwickelt. Ziel ist es, geflüchtete Jugendliche ab 15 Jahren innerhalb von drei Jahren sprachlich und fachlich, gepaart mit intensivem Praxislernen, zur Ausbildungs-

reife oder in Beschäftigung zu führen“, so beschreibt es das SMK in seinem Blog.

Im ersten Jahr sollen deutsche Sprachkenntnisse in speziellen Vorbereitungsklassen erworben werden. Auch Praktika in Betrieben oder fachpraktischer Unterricht an den Beruflichen Schulzentren können Bestandteil des Unterrichts sein. Ab dem zweiten Jahr beginnt die zweite Phase, in der an zwei Tagen Deutsch als Zweitsprache (DaZ) oder Basiswissensunterricht und an drei Tagen praktische Fähigkeiten in Betrieben vor Ort oder den

Werkstätten der Schulzentren vermittelt werden sollen. Unterstützung bieten Sozialpädagogen und Praxisbegleiter wie bereits im zweijährigen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ).

## Theorie trifft auf Praxis: Wunsch auf Realität?

Bei einer angenommenen Zahl von 500 infrage kommenden Jugendlichen und ihrer Verteilung auf die fünf ausgewählten Beruflichen Schulzentren würde das pro Einrichtung vier gut gefüllte Klassen bedeuten, bei Unterricht in Praxisräumen erhöht sich die Zahl auf acht

Gruppen. Dies erfordert einen erheblichen Mehrbedarf an Personal. Zusätzlich zu den bereits etablierten BVJ- und Vorbereitungsklassen werden nicht nur mehr Lehrkräfte benötigt, sondern auch eine Aufstockung des Personals insgesamt, da die bisherigen Sozialpädagogen und Praxisbetreuer die Mehrarbeit allein nicht bewältigen können.

Entscheidend für den Erfolg wird sein, ob sich in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit ausreichend Betriebe finden lassen, die sich der Aufgabe stellen und nicht bei negativen Erfahrungen entmutigt werden. Oftmals erschweren Sprachprobleme und kulturelle Eigenheiten die Arbeit mit den Praktikanten. Wenn die Vermittlung an Unternehmen nicht in großem Umfang gelingt, müssen die Kolleginnen und Kollegen an den Berufsschulzentren die Hauptlast tragen. Das eigentliche Ziel, dass die Jugendlichen durch persönliche Leistungen überzeugen und eine berufliche Perspektive im Praktikumsbetrieb erhalten, würde dann ebenso verfehlt.

Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die Bemühungen aller Akteure in diesem Pilotprojekt erfolgreich waren. Für unsere Gesellschaft und die jungen Geflüchteten wäre dies überaus wünschenswert und wichtig. Tatsache ist aber auch: Damit Integration und das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft gelingen können, bedarf es des Engagements aller Beteiligten.

*Doreen Stockmann,  
Vorsitzende des Fachverbandes  
berufsbildende Schulen im SLV*

BTB Sachsen-Anhalt

# Gespräch mit der SPD

Am 16. April 2024 traf sich der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaften (BTB) Sachsen-Anhalt, Rainer Kießling, mit Rüdiger Erben, Sprecher für Innenpolitik, Kommunalpolitik, Rechtspolitik, Verbraucherschutzpolitik der Fraktion der SPD, zu einem Meinungsaustausch zu beamtenrechtlichen Themen. Erben, der von Beruf Facharbeiter für Bergbautechnologie ist, gilt in der SPD als Sachverständiger für das öffentliche Recht.

Kernthema des Gespräches war der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst, der auch vor der technischen Verwaltung nicht haltmacht beziehungsweise sich hier besonders stark ausprägt. Neben weiteren Fragen erörterten Kießling und Erben deshalb insbesondere Möglichkeiten zur Eindämmung des Fachkräftemangels.

## ■ Unverzichtbare Säule

Der BTB Sachsen-Anhalt erwartet von der Landesregierung ein hohes Engagement zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, ließ Kießling wissen. Um Akzente für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung mit regionalen Schwerpunkten zu setzen, seien die technischen Verwaltungen eine unverzichtbare Säule für Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Nur eine starke technische Verwaltung könne nachhaltig den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes mitgestalten und zum Beispiel mit der Führung des Liegenschaftskatasters in der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung einen wichtigen Beitrag zur Eigentumssicherung übernehmen.

## ■ Ausbildung zwingend notwendig

Aus Sicht des BTB sei es deshalb zwingend notwendig, die

Ausbildung der Beamtenlaufbahngruppe 1 und der Vermessungstechnikerausbildung in der Verwaltung wieder aufzunehmen. Neben akademischen Berufsabschlüssen in der Geodäsie (Wissenschaft von der Vermessung und Aufteilung der Erde – in Flächen, Punkte, Markierungen), werden in der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung Berufsabschlüsse der dualen Berufsausbildung (klassische Ausbildungsberufe) für die Berufe Geomatiker (technologiegestützte Vermessung von Oberflächen, Objekten und Räumen sowie die Modellierung und Analyse von entsprechenden Daten und der Simulation von Strukturen und Prozessen) und Vermessungstechniker benötigt. Aber seit Jahren erfolge nur die Ausbildung zum Beruf Geomatiker und keine Ausbildung zum Beruf Vermessungstechniker. „Das führt dazu, dass frei werdende Stellen im Bereich Geodatenerfassung, zum Beispiel Liegenschaftsvermessungen, nicht mehr mit ausgebildeten Fachkräften besetzt werden können“, betont Kießling. Möglicherweise müssten Fachkräfte von freiberuflich tätigen Arbeitgebern abgeworben werden. „Das kann nicht Ziel der Landesregierung sein: Selbst nicht ausbilden, sich dann auf dem freien Arbeitsmarkt bedienen und damit



© privat

> Rainer Kießling, Vorsitzender des BTB Sachsen-Anhalt

indirekt die freiberuflichen Büros vor Problemen stellen“, so Kießling.

## ■ Durchlässigkeit der Laufbahnen verbessern

Von Kießling angesprochen wurde auch die unzureichende Durchlässigkeit der Laufbahnen in der technischen Verwaltung. Hier fordert der BTB, dass Beamte im technischen Verwaltungsdienst alle Ämter der Laufbahngruppe 2 durchlaufen können. „Seit 2010 sieht das Beamtenrecht in Sachsen-Anhalt einen Durchlauf aller Ämter der beiden Laufbahngruppen vom ersten Einstiegsamt über ein zweites höheres Einstiegsamt hinweg vor. Aktuell wird aber der gesamte Durchlauf trotz Bewerbermangel im akademisch technischen Bereich nur bei Beamten im allgemeinen Verwaltungsdienst praktiziert. Im technischen Bereich spalten die Personalstellen die Laufbahngruppe 2 nach wie vor in zwei Teile: ehemals gehobener Dienst und ehemals höherer Dienst“, kritisiert Kießling.

Erfahrenen Beamten des ersten Einstiegsamtes werde das Durchlaufen der gesamten Laufbahn durch zusätzliche Qualifizierungen, die sie nicht

in ihrer ursprünglichen Ausbildung erworben haben, verwehrt. Eine entsprechende berufsbegleitende Weiterqualifizierung werde den Beamten aktuell leider auch nicht angeboten. „Das ist kontraproduktiv für die technische Verwaltung in Zeiten akuten Fachkräftemangels“, betonte Kießling.

## ■ Erben irritiert über Beförderungspraxis

Irritiert zeigte sich Erben, dass auch berufsbegleitende Masterabschlüsse nicht dazu führen, das zweite Einstiegsamt zu überwinden. Dem Vorschlag des BTB, den Beamten in der technischen Verwaltung berufsbegleitende Weiterqualifizierungen anzubieten, stand Erben positiv gegenüber.

Wenig Erfolgsaussichten sah Erben für die BTB-Forderung, das 49-Euro-Ticket als Jobticket für die Bediensteten des Landes Sachsen-Anhalt einzuführen. Dies könne nur im Rahmen von Tarifverhandlungen erfolgen.

## ■ Fahrradleasing

Zur Einführung des Fahrradleasings führte Erben aus, dass die Landesregierung derzeit die beamtenrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffe. ■

GdS Sachsen-Anhalt

## 28. Mitgliederkonferenz in Halberstadt

Rund 120 aktive Mitglieder des Landesverbandes der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Sachsen-Anhalt haben am 15. und 16. März 2024 zu ihrer traditionellen Mitgliederkonferenz in Halberstadt zusammengefunden.

Im Mittelpunkt der Konferenz, die in diesem Jahr zum 28. Mal stattfand, standen die Herausforderungen bei den Tarifverhandlungen und die Rahmenbedingungen zur mobilen Arbeit.

### ■ Positive Bilanz

Landesvorsitzender Maik Wagner zog eine positive Bilanz über die Tarifverhandlungen bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV), IKK und AOK. Die Verhandlungen waren geprägt durch die hohe Inflation und eine entsprechende Erwartungshaltung bei den be-

troffenen GdS-Mitgliedern. „Die Bereitschaft, für die angemessenen Forderungen in den Warnstreik zu gehen, ist in Sachsen-Anhalt enorm stark gewesen“, betonte Wagner. Er dankte den Teilnehmern für die Mobilisierung der Mitglieder, machte aber auch deutlich, dass die nächsten Tarifverhandlungen nicht lange auf sich warten lassen werden.

### ■ „Wir sind die Zukunft“

Auch zahlreiche junge Mitglieder haben den Weg nach Halberstadt gefunden. Landesjugendleiterin Franziska Liepelt

stellte die Angebote der GdS für die jüngere Generation vor und ermunterte ihre Mitstreiter, sich aktiv einzubringen: „Wir sind die Zukunft“, unterstrich Liepelt.

### ■ Rahmenbedingungen der Arbeit verändert

Der langjährige Vorsitzende des Gesamtpersonalrates bei der DRV Mitteldeutschland, Thilo Knade, schilderte die Situation bei seinem Träger. Er betonte, dass sich seit der Coronapandemie die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Personalräte weitreichend

verändert haben. Weiter herausfordernd sei und bleibe die Personalsituation bei der Rentenversicherung.

### ■ Kluge Köpfe

Stolz ist Wagner auf die erfolgreiche Arbeit der Personalvertretungen bei allen Trägern der DRV, der IKK und der AOK. Die GdS verfüge über viele kluge Köpfe und erfolgreiche Mannschaften. „Wir werden auch in Zukunft viele Akzente zugunsten unserer Mitglieder und der Mitarbeiter setzen!“, bekräftigte Wagner. ■

Bundesgewerkschaftstag der GdS in Magdeburg

## WIR für eine starke Sozialversicherung mit ZUKUNFT

Maik Wagner wurde auf dem 10. Bundesgewerkschaftstag der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) am 23. April 2024 in Magdeburg mit deutlicher Mehrheit in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Der Gewerkschaftstag stand unter dem Motto „GdS – WIR machen ZUKUNFT“.

Rund 400 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet haben gemeinsam auf die letzten fünf Jahre Gewerkschaftsarbeit zurückgeblickt und die Weichen für eine weiterhin erfolgreiche gewerkschaftliche Zukunft gestellt.

### ■ Stabilitätsanker

Wagner, der seit 2012 an der Spitze der GdS steht, sagte: „Die Sozialversicherung ist der Stabilitätsanker für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Wer dies ignoriert und



■ Maik Wagner, Bundesvorsitzender der GdS: „Die GdS steht fest an der Seite ihrer Mitglieder!“



> Dr. Stephan Fasshauer, Direktor DRV Bund, Maik Wagner, GdS-Bundesvorsitzender, Dr. Carola Reimann, Vorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender (von links)

die Sozialkassen durch unzureichende Finanzierung und mangelhafte Personalausstattung ausbluten lässt, erkennt ihre immens wichtige Rolle für die Demokratie und den sozialen Frieden in Deutschland.“

#### > Ende der Fahnenstange erreicht

Bei der Beitragsbelastung der Versicherten sei längst das Ende der Fahnenstange erreicht. „Es kann nicht sein,

dass die Politik fortlaufende Kostensteigerungen oder beispielsweise auch die Investitionskosten für die weitere Digitalisierung der Sozialversicherung zunehmend auf die Beschäftigten abwälzt“, so Wagner, der auch Landesvorsitzender der GdS Sachsen-Anhalt ist.

Komplettiert wird das Team rund um Wagner mit Elke Janßen, Uwe Primus sowie Oliver Bönecke als stellvertretende Bundesvorsitzende.

#### > Öffentliche Veranstaltung

In der öffentlichen Veranstaltung konnten die Vorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, sowie der Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Stephan Fasshauer, als Gastredner begrüßt werden.

#### > Finanzielles Stückwerk

Reimann kritisierte in ihrem Beitrag, dass die Ampelkoalition schon länger den Weg zu sinnvollen strukturellen Reformen verlassen habe und stattdessen versuche, mit finanziellem Stückwerk über die Runden zu kommen.

#### > Verlässlichkeit in Etatfragen

Fasshauer forderte von der Politik mehr Verlässlichkeit in Etatfragen. Kurzfristige Eingriffe in die Finanzreserven der Sozialversicherungsträger hätten einen Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Sozialstaat zur Folge.

#### > Mangelnde Reformfähigkeit

Bundesvorsitzender des dbb, Ulrich Silberbach, der ebenfalls



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt

als Gast des Gewerkschaftstages begrüßt werden konnte, monierte in seinem Grußwort die mangelnde Reformfähigkeit der Bundesregierung. An die wirklich großen Räder habe sich die Politik noch nicht herangetraut oder sie würden – wie bei der Krankenhaus-

reform – durch ungeschicktes Taktieren zerredet.

#### ■ **WIR an der Seite unserer Mitglieder**

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels komme es auch in der Sozialversicherung auf at-

traktive Arbeitsbedingungen mit einer auskömmlichen Bezahlung an, richtete Wagner den Blick auf die Beschäftigten bei den Sozialversicherungsträgern. Hier stehe die GdS mit ihrem starken WIR fest an der Seite ihrer Mitglieder. So wird sich die GdS entsprechend der

auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag verabschiedeten Leitansätze weiter dafür einsetzen, dass Digitalisierung und künstliche Intelligenz zur Entlastung und nicht zum Einsatz der Menschen, der Beschäftigten, der GdS-Mitglieder zum Einsatz kommen. ■

## Seminar der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

# dbb frauen gehen digitale Wege

Was vor drei Jahren noch undenkbar war, ist heute auch im öffentlichen Dienst Tagesgeschäft. Wir führen E-Akten, wir treffen uns in Videokonferenzen und fast jeder hat die Möglichkeit, ortsunabhängig zu arbeiten. In allen Bereichen der Verwaltung hat das digitale Arbeiten Einzug gehalten. Digitalisierung als Lösung aller Probleme – oder?

Aber was ist eigentlich mit „Digitalisierung“ gemeint? Was für Auswirkungen ergeben sich hieraus für den Arbeitsalltag und welche Besonderheiten ergeben sich für Frauen im öffentlichen Dienst? Diesen Fragen ging der Vorstand der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt zusammen mit den Frauen aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften am 26. und 27. April 2024 in Magdeburg in ihrem diesjährigen Seminar auf den Grund.

#### ■ **Digitaler Kontext**

Dozentin Ricarda König zeigte Risiken und Chancen für Frauen im Kontext digitaler Technologien und im Homeoffice auf, gab Einblicke in den bestehenden Gender Digital Gap und förderte die Diskussion zwischen den Teilnehmerinnen, welche Unterstützungssysteme Frauen für sich nutzen und auch ausbauen können.

#### ■ **Digitaler Flickenteppich**

„Noch immer erinnert die digitale Landschaft im öffentlichen Dienst eher an einen Flickenteppich, was technische Ausstattung, Fortbildungsangebote oder Regelungen der digitalen



> Teilnehmerinnen am Seminar der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt in Magdeburg

Arbeit anbelangt“, sagte Janine Dietz, erste stellvertretende Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt, am Rande der Veranstaltung. Hier drohen Frauen im öffentlichen

Dienst im Zuge der Digitalisierung unter die Räder zu geraten. „Umso wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst klar Position bezieht und endlich verbindliche Rahmenbedingun-

gen schafft, mit denen die viel gerühmte Flexibilität und effiziente Agilität der sogenannten „Arbeit 4.0“ auch tatsächlich für alle Geschlechter ermöglicht wird“, so Dietz weiter. ■

Landtag verabschiedet Gesetzesnovelle

# Modernisierung des Schulwesens beschlossen

Einstimmig hat der Thüringer Landtag am 24. April 2024 umfangreiche Änderungen am Thüringer Schulgesetz verabschiedet. Digitales Lernen und Distanzunterricht, mehr Praxis- und Berufsorientierung in den Schulen, die Stärkung des Elternwillens bei der Entscheidung für oder gegen inklusive Beschulung und die Entlastung der Lehrer und Schulleitungen durch pädagogische Assistenten und Verwaltungsassistenten zählen zu den wesentlichen Inhalten.

Bei den neuen gesetzlichen Vorschriften zum Distanzunterricht (räumliche Trennung von Lehrern und Schüler) und zum digitalen Lernen wird weiterhin vom Präsenzunterricht als Regelfall ausgegangen. Distanzunterricht soll nur auf der Grundlage eines von der Schulkonferenz beschlossenen Konzepts stattfinden, unter bestimmten Bedingungen auch außerhalb des Schulgebäudes.

## ■ Bildungsministerium in der Pflicht

Für den Distanzunterricht ist der Einsatz digitaler Lehr- und Lernmittel grundsätzlich vorgesehen. Damit ist das Bildungsministerium jetzt auch gesetzlich verpflichtet, den Zugang zu diesen Mitteln über eine digitale Lernplattform sicherzustellen. Soweit digitale Lehr- und Lernmittel im Unterricht eingesetzt werden, sind auch die Schüler künftig zu ihrer Nutzung verpflichtet. Außerdem sind Schüler und Lehrer beim Unterricht in einer digitalen Lernumgebung auch zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones verpflichtet,

wenn der Lehrer dies aus pädagogischen Gründen fordert und die technischen Voraussetzungen vorliegen.

Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung hat der Landesgesetzgeber zum durchgängigen Prinzip des Unterrichts an Regelschulen erklärt. Darauf soll vor allem in den Klassen 5 bis 10 Wert gelegt werden.

Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf soll „nach Maßgabe der vorhandenen oder mit vertretbarem Aufwand zu schaffenden personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen“ auch weiterhin in den allgemeinbildenden Schulen stattfinden. Schulamt und Schulträger legen nach Anhörung der Eltern für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen geeigneten Lernort fest. Den Eltern soll es aber trotzdem freistehen, eine andere geeignete Schule zu wählen. Wird kein geeigneter Lernort ermittelt, besucht der Schüler die Förderschule.

## ■ Besondere Leistungsfeststellung bleibt

Die besondere Leistungsfeststellung zum Ende der 10. Klasse bleibt unverändert bestehen. Der von der Landesregierung ursprünglich vorgelegte Gesetzentwurf sah hier einen Erwerb des Realschulabschlusses mit der Versetzung in Klassenstufe 11 vor.

## ■ Lehrerausbildung bleibt schulartbezogen

Ebenso war im Regierungsentwurf vorgesehen, Lehrer künftig schulstufenbezogen, statt schulartbezogen auszubilden. Auch diese Passage wurde gestrichen. Es bleibt bei der schulartenbezogenen Ausbildung. Ebenfalls weggefallen sind Passagen, die eine verpflichtende Zusammenlegung von Grundschule und Regelschule/Gemeinschaftsschule am gleichen Standort vorsah und die der Schule die Aufgabe übertrugen, Schulentwicklungsprogramme basierend auf dem „Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität“ festzulegen und fortzuschreiben. Auch die Mindest-

zügigkeit von Schulen wurde gekippt.

## ■ Entlastende Assistenzen

Pädagogische Assistenzen sollen künftig Lehrer, Erzieher und sonderpädagogische Fachkräfte „bei der Erziehung, Beratung, Betreuung und Förderung der Schüler und der Zusammenarbeit mit den Eltern“ unterstützen und damit entlasten. Auch diese Kräfte sind Landesbedienstete wie Lehrer, Erzieher und sonderpädagogische Fachkräfte. Außerdem sollen Schulleiter und Lehrer künftig auch durch Schulverwaltungsassistenten entlastet werden, die allerdings auch für mehrere Schulen zuständig sein können. Für beide Assistenzen soll das Bildungsministerium die fachlichen Voraussetzungen klären.

Die Regelung, dass Schulsozialarbeiter der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder der Träger der freien Jugendhilfe als sonstiges unterstützendes Personal tätig werden, ist künftig eine „Sollvorschrift“ (bisher: „kann“) und wird damit zur Regel (von der jedoch begründet abgewichen werden kann).

Der Novelle lagen Gesetzentwürfe der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 7/6573) einerseits und der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/5371) andererseits zugrunde. ■

SCHOOL



Geschafft!

# Thüringer Verfassung stärkt künftig das Ehrenamt

Als „Signal der Wertschätzung für die Arbeit ehrenamtlich Engagierter“ hat der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, Frank Schönborn, die Verankerung des Ehrenamtes als Staatsziel in der Thüringer Verfassung begrüßt.

Der Landtag hatte auf seiner letzten Sitzung eine entsprechende Änderung des Artikels 30 der Thüringer Verfassung beschlossen. Darin soll es künftig heißen: „Das Land schützt und fördert den ehrenamtlichen Einsatz für die Gemeinschaft.“

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sozialen Bindungen und den Erhalt stabiler demokratischer Strukturen von großer Bedeutung und tragende Säule unseres Gemeinwesens. Der tbb fordert daher seit Jahren, dass der Staat zur Förderung und zum Schutz ehrenamtlichen Engagements verpflichtet wird und einen solchen Einsatz damit in vielen Bereichen überhaupt erst ermöglicht.

Viele Mitglieder in den Gewerkschaften setzen sich für

die Beschäftigten auf der Basis des Ehrenamtes ein und sind bereit, ein Stück Freizeit dem Verbandsleben „Gewerkschaft“ zu opfern. Als Teil der Initiative Verfassungsreform Thüringen hat sich der tbb deshalb nachdrücklich für die Verfassungsänderung eingesetzt.

Mit großem Erfolg, wie auch der Vorstandsvorsitzende Zukunftsfähiges Thüringen e. V., Josef Ahlke, festgestellt hat: „Unser Bündnis hat dazu beigetragen, die Stagnation zu überwinden und gezeigt, was zivilgesellschaftliches Engagement bewegen kann. Jetzt hoffen wir, dass CDU, FDP, SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen diese Punkte in der kommenden Legislatur mit Inhalt in Form von Gesetzen und Richtlinien weiter untersetzen. Hieran konstruktiv mitzuwirken, bieten wir als Bündnis gern an.“

#nutzedeinestimme

## Weil du die Wahl hast ...

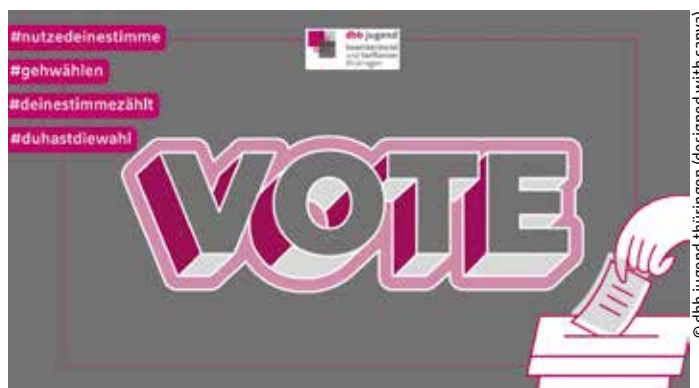
Die Demokratie ist ein wertvolles Gut unserer Gesellschaft und sie ist nicht selbstverständlich. Frühere Generationen haben sich dafür eingesetzt und gekämpft. Nun liegt es an uns, weiterhin für die Demokratie einzustehen – und dies gelingt, indem wir ihr unsere Stimme geben und von unserem Wahlrecht Gebrauch machen. Denn je mehr Menschen wählen gehen, desto stärker wird die Demokratie.

In Thüringen ist das Jahr 2024 ein bedeutsames Jahr, welches viele (Wahl-)Entscheidungen fordert:

- > 26. Mai: Kommunalwahl
- > 9. Juni: Europawahl
- > 1. September: Landtagswahl

Manchmal kann die Freiheit, zu wählen, überfordernd sein, doch dieses Privileg sollten wir

nicht als „Qual der Wahl“ verstehen, sondern nutzen, um unsere Zukunft mitzugestalten. „Demokratie lebt von den Menschen, die sie gestalten. [...] Wer nicht wählt, verschenkt die Chance, über die Zukunft mitbestimmen zu können.“ Diese deutlichen Worte des Vorsitzenden der dbb jugend, Matthäus Fandrejewski,



bringen es auf den Punkt: Wahlbeteiligung ist wichtig.

### Kollektive Verantwortung

Demokratie ist eine Errungenschaft und wir alle tragen eine kollektive Verantwortung, zu ihrem Erhalt beizutragen. Egal ob auf Europa- oder Kommunalebene, je mehr Wahlberechtigte einer Partei ihre Stimme geben, desto größer ist deren Einfluss. Daher ist es wichtig, dass sich Wahlberechtigte mit den Werten und Zielen der jeweiligen Parteien auseinandersetzen.

Die dbb jugend thüringen möchte dazu ermutigen, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, denn WEIL du die Wahl hast, solltest du diese auch nutzen!

### Drei gute Gründe, um wählen zu gehen

- > Wenn du wählen gehst, nutzt du deine Chance, die Welt, in der du lebst, mitzugestalten.
- > Wenn du wählen gehst, stärkst und verteidigst du unsere Demokratie.
- > Wenn du wählen gehst, entscheidest nicht andere darüber, wer regiert, und deine Stimme geht nicht verloren. ■

# Landesvorsitzender Frank Schönborn läuft Supermarathon

Als aktiver Läufer hat Frank Schönborn an der 73,9-Kilo-

meter-Strecke des Supermarathons teilgenommen. Nach 54 Kilometern und einer Zeit von 5 Stunden 42 Minuten 19 Sekunden war am Grenzadler in Oberhof kräftezehrend Schluss in der Königsdisziplin.



© Marcel Hasev

# Gespräch mit Finanzministerin Taubert

Reisekostenerstattung und Arbeitsschutz standen im Mittelpunkt eines Gesprächs, das die Landesleitung der DSTG Thüringen am 16. Mai 2024 mit Landesfinanzministerin Heike Taubert und Zentralabteilungsleiter Machts im Thüringer Finanzministerium geführt hat. Außerdem wurden die 4. Thüringenmeisterschaften der Finanzverwaltung im Drachenbootrennen vom 28. Mai 2024 in Jena sowie die bevorstehenden Thüringenmeisterschaften der Finanzverwaltung am 12. Juni 2024 in Gera besprochen.

Nach Auffassung der DSTG sollte auch die Pauschale zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen bei einer Auswärtstätigkeit bereits bei einer Abwesenheit von mehr als acht Stunden ausgezahlt werden. Leider wird der Bedarf



Ein reger Austausch schloss sich über Fragen des Arbeitsschutzes und des Betrieblichen

Gesundheitsmanagements an. Bislang fehlt eine dienstpostenspezifische Gefährdungsbeurteilung. Hier sollen Nachbesserungen erfolgen, sobald die bereits begonnenen Gefährdungsbeurteilungen in allen Dienststellen durchgeführt und abgeschlossen wurden. In

Weitere Themen waren die Personalentwicklung und Ausbildung im Geschäftsbereich. Durch Modernisierungen und Neugestaltungen sollen die Attraktivität der Ausbildung sowie des Ausbildungsstandortes Gotha gesteigert werden. So wird ab dem 1. August 2024 im Bildungszentrum Gotha kostenfreies WLAN zur Verfügung stehen und ab 2025 sollen für die Anwärter Tablets als Lehrmaterial beschafft werden.

Die DSTG begrüßt das Bestreben des Thüringer Finanzministeriums, auch in diesem Jahr eine vergleichbare Anzahl an Beförderungen wie im Vorjahr durchführen zu wollen. Nur so können Beförderungsstau abgebaut und Ungleichheiten zwischen Statusamt und höherwertiger Tätigkeit behoben werden.

tbb Frauenseminar

# Dabei sein ist alles???

## Auch in sozialen Medien?



Was sind soziale Medien, welche Vor- und Nachteile gibt es und wann sind sie in der Gewerkschaftsarbeit sinnvoll? Das waren die Themen an zwei spannenden Tagen mit der Dozentin Ricarda König beim diesjährigen Seminar der tbb frauen Anfang Mai.

Zur Wahrheit gehört auch, dass in den sozialen Medien nicht nur Sonnenschein herrscht. Zum Teil offen, zum Teil aus einer gewissen Anonymität heraus werden Botschaften verbreitet, die nicht dem üblichen Verhaltenskodex entsprechen. Hier heißt es zu filtern: Was ist normaler Meinungs Austausch und wo muss ich eingreifen, Kommentare löschen/melden oder die Kommentarfunktion deaktivieren?

Das führt zwangsläufig zu der Frage: Habe ich die Zeit und die Mittel, soziale Medien für meine gewerkschaftliche Arbeit sinnvoll und effektiv zu nutzen? Beispiele ich nur eine oder alle Plattformen? Kann ich regelmäßig interessante Inhalte liefern? Habe ich überhaupt Inhalt, der für diese Medien geeignet ist? Welche Tools/Hilfsmittel, wie zum Beispiel „Canva“, können mir helfen, meine Inhalte ansprechend zu präsentieren?

Die Teilnehmerinnen erhielten für die Nutzung sozialer Medien und deren Grenzen von der Dozentin wertvolle Tipps, Tricks und „Checklisten“. Einige werden sich sicher in der Zukunft stärker mit dem Thema auseinandersetzen, anderen wurde bewusst, ihre Mitglieder eher nicht über soziale Medien erreichen zu können. Und das ist auch okay!

Denn das Seminar sollte zeigen, was möglich, sinnvoll und geeignet ist, unsere Zielgruppen über soziale Medien zu erreichen.

*Doreen Trautmann,  
Landesfrauenvorsitzende  
tbb frauenvertretung*



© tbb frauenvertretung

> Die begeisterten Teilnehmerinnen am Frauenseminar 2024 in Gotha

An den sozialen Medien, welcher Form auch immer, kommen wir heute nicht mehr wirklich vorbei. Auch wenn nicht jeder auf Plattformen wie Facebook, Instagram und Co unterwegs ist, kommunizieren die Menschen heute oft anders als vor 20 Jahren. Informationsquellen und Informationsumfang haben sich geändert. Es ist schon fast normal, dass eine Nachricht als Bild oder kurzes Video anstelle eines langen Textes übermittelt wird. Kurz, knackig und auf den ersten Blick interessant muss es sein, sonst wird weitergescrollt.

Wer heute Menschen erreichen will, muss sich daher mit dem Thema „Social Media“ auseinandersetzen. Auch in der Gewerkschaftsarbeit ist das so. Vor allem die jüngere Generation setzt weniger auf Print-

medien, um sich zu informieren oder in Kontakt mit anderen zu treten.

### ■ Vielfalt von Plattformen

Die Seminarteilnehmerinnen erhielten deshalb zunächst einen Überblick über die bunte Vielfalt der Plattformen und ihre Nutzung für Unterhaltung, Information, Vernetzung mit Gleichgesinnten, Präsentation für potenzielle Arbeitgeber und so weiter. Ergebnis: Nur wer weiß, mit welcher Intention sich Nutzer auf einer Plattform bewegen, kann sich entscheiden, ob sie sinnvoll für die eigenen Zwecke einsetzbar ist.

Nicht jeder Inhalt funktioniert auf jeder Plattform. An konkreten Beispielen wurde deshalb diskutiert, was funktioniert gut, was spricht an bezie-

hungsweise kommt die Botschaft, die übermittelt werden sollte, überhaupt an?

Wenn ich einen Account auf einer Plattform habe: Wie bringe ich die Menschen dazu, mir zu folgen? Guter Inhalt und eine schöne Aufmachung bringen nichts, wenn niemand sie sieht, weil „Follower“ fehlen.

Schnell wurde klar, dass das Arbeit bedeutet. Gute Fotos, Inhalte und regelmäßige Präsenz sind nur das eine. Oftmals geht es auch um einen Meinungsaustausch, um soziale Interaktion. Das mag bisweilen anstrengend sein und bedeutet, nach dem Posting zu schauen, was das Netz dazu meint. Zu schauen, kommt meine Botschaft an, wurde sie missverstanden oder missbrauchen Nutzer meinen Inhalt.

